

PARTEILEHRJAHR aktuell

Informationen zu Themen des Monats

SEMINAR zur Strategie und Taktik der SED bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, 2. Studienjahr

Wissenschaft und Produktion gilt es künftig noch enger miteinander zu verflechten

Der XI. Parteitag über die wachsende Rolle der Wissenschaft im Kampf um Spitzenleistungen Die neue Stufe der organischen Verbindung von Wissenschaft und Produktion

Das Leistungs- und Effektivitätswachstum der Wirtschaft der DDR gründet sich spätestens seit Mitte der 80er Jahre zu etwa 90 Prozent auf den Faktor Wissenschaft und Technik.

Die anderen Faktoren, wie Spezialisierung und Kooperation, Ressourcenzugänglichkeit, Naturverhältnisse, sind entweder weitgehend ausgeschöpft oder zeitigen sogar negative Entwicklungstendenzen.

Die Nutzung dieser Vorzüge ist vor allem auf eine engere Verbindung von Wissenschaft und Produktion zu richten. Hierin bestehen erhebliche Entwicklungsreserven.

Die anderen Faktoren, wie Spezialisierung und Kooperation, Ressourcenzugänglichkeit, Naturverhältnisse, sind entweder weitgehend ausgeschöpft oder zeitigen sogar negative Entwicklungstendenzen.

Die Nutzung dieser Vorzüge ist vor allem auf eine engere Verbindung von Wissenschaft und Produktion zu richten. Hierin bestehen erhebliche Entwicklungsreserven.

Die Nutzung dieser Vorzüge ist vor allem auf eine engere Verbindung von Wissenschaft und Produktion zu richten. Hierin bestehen erhebliche Entwicklungsreserven.

Seit Ende des zweiten Weltkrieges entstanden im Ergebnis des Zusammenbruchs des „klassischen“ imperialistischen Kolonialsystems allein in Asien und Afrika rund 75 politisch souveräne Nationalstaaten.

Grundinteressen, vielfältige Gemeinsamkeiten der afro-asiatischen Entwicklungsländer. In dem Maße, wie sich infolge der entspannungsfeindlichen Politik des Imperialismus, seines Kurses auf forciertes Rüsten und die Vorbereitung eines Kernwaffenkrieges in der ersten Hälfte der 80er Jahre das politische Klima in der Welt erheblich verschlechterte, verstärkte sich das ant imperialistische Engagement der in der Bewegung der nicht gebundenen Staaten aktiven Entwicklungsländer für die Sicherung des Weltfriedens und die Einleitung effektiver Abrüstungsmaßnahmen.

Der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt in Afrika und Asien / Die aktive ant imperialistische Solidarität der DDR mit allen Völkern und Bewegungen, die um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen

SEMINAR zur internationalen Entwicklung und zu aktuellen Aufgaben des Kampfes für die Sicherung des Friedens

Weil die „Bombe des Hungers“ bei ihnen allgegenwärtig ist

Der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt in Afrika und Asien / Die aktive ant imperialistische Solidarität der DDR mit allen Völkern und Bewegungen, die um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen

u. a. zu überwinden. Dies wird jedoch durch das Wirken des Widerspruchs zwischen der hart erkämpften politischen Enkoloialisierung in Gestalt der staatspolitischen Unabhängigkeit und der noch ausstehenden ökonomischen Befreiung vom Imperialismus grundlegend erschwert.

Die Militarisierung der Entwicklungsländer hat natürlich sehr komplexe Ursachen. Zum Teil ist sie auf die Notwendigkeit zurückzuführen, neokolonialen Destabilisierungskrieg zu begegnen (wie zum Beispiel in Nicaragua, Äthiopien, gegen die „Frontstaaten“ im südlichen Afrika).

eines kommunistischen Gewerkschaftsführers eines asiatischen Staates deutlich: „In Ländern wie Indien, wo Millionen Menschen keine Arbeit haben, selbst Hunger leiden und nicht wissen, wie sie ihre Kinder satt bekommen sollen, sind abstrakte Auslassungen über Krieg und Frieden wenig sinnvoll. Reden über Atom-, Wasserstoff- und Neutronenbomben können die Notleidenden nicht die sie und ihre Familien ständig bedrohende „Bombe des Hungers“ vergessen lassen...“

Für die Bestimmung des ant imperialistischen Potentials dieser Staatengruppe ist entscheidend, daß der Widerspruch zwischen den Völkern in Asien und Afrika und dem Imperialismus nach wie vor den Hauptwiderspruch darstellt. Dieser Widerspruch manifestiert sich in einer Krise der Beziehungen zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern, der in vielfältigen Erscheinungsformen zutage tritt.

Die Militarisierung der Entwicklungsländer hat natürlich sehr komplexe Ursachen. Zum Teil ist sie auf die Notwendigkeit zurückzuführen, neokolonialen Destabilisierungskrieg zu begegnen (wie zum Beispiel in Nicaragua, Äthiopien, gegen die „Frontstaaten“ im südlichen Afrika).

Bei der Verbindung des Friedenskampfes mit dem Kampf um sozialen Fortschritt und Demokratie wächst in der Gegenwart die Gemeinsamkeit der Auffassungen von sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern, insbesondere bei der Durchsetzung des Prinzips „Abrüstung für Entwicklung“.

Vor 15 bis 20 Jahren trat in der außenpolitischen Lage der DDR ein grundlegender Umschwung ein: 1969/70 hatten 14 afro-asiatische Länder zu ihr diplomatische Beziehungen aufgenommen, so daß am Vorabend des VIII. Parteitages der SED die Zahl jener Staaten, die sie völkerrechtlich anerkannten, 29 betrug.

Die Sicherung des notwendigen wissenschaftlich-technischen Entwicklungstempes unter diesen zum Teil schwierigen Bedingungen stellt vergleichsweise höhere Anforderungen an unsere Mitarbeiter und Leiter in Forschung und Oberleitung. Dabei bestehen unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen

denen Realitäten, insbesondere die Nachkriegsgrenzen. Als sie faktisch unter Dach und Fach waren, begann im Juli 1973 die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren 1975 in Helsinki unterzeichnete Schlusssätze die Absicht ihrer Teilnehmer zu friedlicher Koexistenz deklarieren.

Zunächst gefährdeten CDU/CSU das europäische Vertragswerk: Die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und Polen, seine Prämisse, erfolgte mit 248 gegen 10 (bzw. 17) Stimmen bei 238 (bzw. 231) Enthaltungen seitens der Unionsparteien. Den Preis für die Stimmenthaltung zahlten SPD und

FDP in Form einer Entschließung aller Bundestagsparteien an die Großmächte, die gegen die „Ostverträge“ (völkerrechtlich irrelevanten, aber politisch bedeutsamen) Vorbehalt einer „friedensvertraglichen Regelung der Deutschlandfrage“ er hob.

BRD mehr gelassen. Spätestens seit Mitte der 60er Jahre „konnte realistische Politik nicht mehr an dem Ziel festhalten, eine Konföderation beider deutscher Staaten“ anzustreben. Diese Position des VIII. Parteitages fand konstitutionell 1974 ihren Niederschlag in der Verfassungsänderung. Unmittelbare Schlussfolgerungen waren u. a. die Auflösung des Staatssekretariats für westdeutsche (bis 1987: gesamtdeutsche) Fragen bei der Regierung der DDR sowie die Umbenennung von Organisationen und Institutionen.

SEMINAR zur Entstehung und Entwicklung der DDR unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands „Entspannungswende“ materialisierte den Triumph der Idee kollektiver Sicherheit in Europa

Ergebnisse und neue Anforderungen im Kampf um die Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Beitrag der DDR für Frieden und Sicherheit in Europa (1973-1975)

hatte - dem Moskauer und Warschauer Vertrag (August bzw. Dezember 1970), dem Berliner oder Grundlagenvertrag (November 1972) sowie dem Prager Vertrag (Dezember 1973). Das Westberliner Abkommen wurde paraphrasiert, als der Moskauer Vertrag unterzeichnet war, und es trat in Kraft, nachdem der Bundesrat diesen (sowie den Warschauer) Vertrag im Mai 1972 ratifiziert hatte.

Die „Entspannungswende“ beruhte politisch auf tragfähigen Kompromissen zwischen den Hauptkräften unserer Zeit. In Helsinki gab es weder Gewinner noch Verlierer, sondern als alleinigen Sieger das europäische bzw. Menschheitsinteresse am Frieden. Geschichtlich hingegen materialisierte sie den Triumph jener Strategie für den internationalen Klassenkampf, die die sozialistische Staatengemeinschaft zwei Jahrzehnte zuvor im War-

Zunächst gefährdeten CDU/CSU das europäische Vertragswerk: Die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und Polen, seine Prämisse, erfolgte mit 248 gegen 10 (bzw. 17) Stimmen bei 238 (bzw. 231) Enthaltungen seitens der Unionsparteien. Den Preis für die Stimmenthaltung zahlten SPD und

Die DDR hatte auf vielfache Weise an der Entspannungswende teil. Da sich die SED auch außenpolitisch von einer nüchternen Situationsanalyse leiten ließ, konnte das Friedensprogramm ihres VIII. Parteitages in allen fünf Punkten bis 1975 realisiert werden. Prinzipielle Bedeutung kam der klaren Aussage des Parteitages zu, über die nationale Frage habe „bereits die Geschichte entschieden“ 4) und keinerlei Raum für nationalgefärbte Sonderbeziehungen zwischen DDR und

Mit dem Grundlagenvertrag, der seit Juni 1973 in Kraft ist, kam die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen BRD-DDR in Gang. Prof. Dr. sc. GOTTFRIED DITTRICH